Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2726**
15. Wahlperiode 19. 03. 2004

Fragen

für die Fragestunde der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 24. März 2004

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Warum beabsichtigt die Bundesregierung, gegen das „Neubauernurteil“ des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 22. Januar 2004 ein Rechtsmittel einzulegen, indem sie sich dabei – laut Presseerklärung der Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, vom 26. Februar 2004 – auf die gleiche Argumentation stützt, mit der bislang die entschädigungslose Eigentumsentziehung zu Gunsten des Staates erfolgte, obwohl der Gerichtshof festgestellt hat, dass die Betroffenen unabhängig von ihrer Situation vor dem Inkrafttreten des „Modrow-Gesetzes“ mit seinem Inkrafttreten vollwertiges Eigentum an ihren Grundstücken erlangt haben, und wie begründet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die beabsichtigte Anrufung der Großen Kammer des Gerichtshofs „wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Urteils für die Frage der Bodenreform in der DDR, die nicht in Frage gestellt werden darf“ (siehe o. g. Presseerklärung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Wie verhält sich die Bundesregierung zu Forderungen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (vgl. Westfälische Nachrichten vom 9. März 2004), ein Brennelemente-Zwischenlager in Rossendorf zu errichten bzw. zu genehmigen, um die geplanten Transporte von Brennelemente-Lagerbehältern von Rossendorf nach Ahaus überflüssig zu machen?

3. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Welche Hindernisse stehen der Erteilung einer Transportgenehmigung für die Brennelemente-Behälter von Rossendorf nach Ahaus derzeit entgegen bzw. wie ist der Verfahrensstand?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordneter **Günter Baumann** (CDU/CSU)

Gibt es für mit Schengen-Visum aus der Ukraine in das Schengen-Gebiet eingereiste Personen in Deutschland Meldepflichten, und wenn ja, welche?

5. Abgeordneter **Günter Baumann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in dem Zeitraum seit dem Jahr 2000 von Touristikunternehmen oder Touristikverbänden auf Probleme bezüglich Reisen aus der Ukraine nach Deutschland angesprochen worden, und wenn ja, welches waren die angesprochenen Probleme?

6. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Hat das Bundesministerium des Innern (BMI) die Auffassung des Auswärtigen Amts (AA), wonach der so genannte Volmer-Erlass vom AA in eigener Zuständigkeit ohne vorherige Beteiligung des BMI oder der Länder habe herausgegeben werden können (vgl. Antwort der Staatsministerin im AA, Kerstin Müller, auf die mündliche Frage 7 des Abgeordneten Hartmut Koschyk in der Fragestunde am 10. März 2004, Plenarprotokoll 15/96, Seite 8565 B), zum Zeitpunkt der Herausgabe des Erlasses geteilt, und wenn nein, was hat das BMI gegenüber diesem Alleingang des AA unternommen?*)

7. Abgeordneter **Clemens Binninger** (CDU/CSU)

Wie ist die Registrierung aller erteilter Schengen-Visa geregelt?

8. Abgeordneter **Clemens Binninger** (CDU/CSU)

Welche Statistiken bezüglich Personen aus der Ukraine, die in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, werden geführt (z. B. Übernachtungen), und wie viele Personen sind demnach in den Jahren 1998 bis 2003 jeweils eingereist?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 95.

9. Abgeordneter **Ralf Göbel** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis von Maßnahmen der Justiz oder Gewerbeaufsichtsbehörden gegen Unternehmen oder Unternehmer der Tourismusbranche in Deutschland wegen des Verdachts, bei Schleusungen von Personen aus der Ukraine in die Schengen-Staaten mitgewirkt zu haben?*)

10. Abgeordneter **Stephan Mayer (Altötting)** (CDU/CSU)

Wie lässt sich die Aussage des BMI, wonach statistische Angaben über Visaerschleichungen nicht vorliegen (so die Antwort des Staatssekretärs im BMI, Dr. Göttrik Wewer, vom 27. Februar 2004 auf meine schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 15/2635), mit der Behauptung des AA, der sog. Volmer-Erlass habe nicht zu massenhaften Einschleusungen von Schwarzarbeitern geführt (so die Antwort der Staatsministerin im AA, Kerstin Müller, vom 27. Februar 2004 auf die schriftliche Frage 22 der Abgeordneten Kristina Köhler (Wiesbaden) auf Bundestagsdrucksache 15/2635 und Antwort der Staatsministerin im AA, Kerstin Müller, auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Hans-Peter Uhl zu der Frage 11 des Abgeordneten Hartmut Koschyk in der Fragestunde am 3. März 2004, Plenarprotokoll 15/93, S. 8297 f.), vereinbaren?

11. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Welche Bedenken hat der Bundesminister des Innern, Otto Schily, konkret gegen den so genannten Volmer-Erlass geltend gemacht (siehe Antwort des Staatssekretärs im BMI, Dr. Göttrik Wewer, vom 27. Februar 2004 auf die schriftliche Frage 41 des Abgeordneten Norbert Geis auf Bundestagsdrucksache 15/2635 und Antwort der Staatsministerin im AA, Kerstin Müller, vom 27. Februar 2004 auf die schriftliche Frage 28 des Abgeordneten Clemens Binninger auf Bundestagsdrucksache 15/2635)?

12. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

In welcher Form und wann geschah dies?

*) Siehe hierzu auch Frage 98.

13. Abgeordnete **Rita Pawelski** (CDU/CSU)

Wie hat das Bundeskriminalamt (BKA) oder das BMI auf Drohbriefe der baskischen Untergrundorganisation ETA, die z. B. zuletzt am 5. Februar 2004 beim Reiseveranstalter TUI in Hannover eingegangen sind (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 13. März 2004), reagiert?

14. Abgeordnete **Rita Pawelski** (CDU/CSU)

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit deutscher Reiseveranstalter mit dem BKA, dem BMI und den deutschen Botschaften in Urlaubsgebieten bei Terrorwarnungen?

15. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um in ihrem eigenen Bereich als Arbeitgeber bzw. Dienstherr der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes das Instrument der Entgeltumwandlung (§ 1a des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung) wirkungsvoll umzusetzen, und welche Erfahrungen mit der Entgeltumwandlung sind der Bundesregierung aus dem Bereich der Länder und ihrer Kommunen bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass seit der Übertragung der Zuständigkeit für die Prüfung und Erteilung der Genehmigungen nach dem Grundstücksverkehrsgesetz (GrdstVG) und der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) (sog. Negativatteste) auf das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen sich die Bearbeitungszeit von zwei Wochen auf mehr als sechs Monate verlängert hat, und wenn ja, plant die Bundesregierung deshalb, die Zuständigkeiten wieder auf die Oberfinanzdirektionen zurückzuverlagern?

17. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Ursachen der erheblichen Verlängerung der Erteilungsfrist für GVO-Genehmigungen zugrunde liegen und welche Auswirkungen dies auf die Immobilienbranche in den neuen Bundesländern hat?

18. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Welche jährlichen Steuerausfälle werden nach Kenntnis der Bundesregierung durch den „Tanktourismus“ in die Nachbarstaaten verursacht?*)

19. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Befürwortet die Bundesregierung Ausnahmeregelungen, die den EU-Beitrittsländern Mineralölsteuersätze unter dem gemeinschaftsrechtlichen Minimalsteuersatz bis 2010 und darüber hinaus erlauben?

20. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Welche Prognose stellt die Bundesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer im kommenden Förderzeitraum der Europäischen Union (2007 bis 2013), und wie wird der Bedarf an nationalen und europäischen Fördermitteln zu Gunsten der neuen Bundesländer für den genannten Zeitraum anhand dieser Prognose eingeschätzt?

21. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

In welchen Bereichen strebt die Bundesregierung, bedingt durch die beabsichtigte Deckelung der nationalen Zahlungen an den EU-Haushalt auf 1,0 % des Bruttonationaleinkommens (BNE), in den Verhandlungen zur künftigen Finanzplanung der Europäischen Union (Finanzielle Vorausschau) Einsparungen bei den EU-Ausgaben an?

22. Abgeordneter **Stefan Müller (Erlangen)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Lockerung des Bankgeheimnisses, so wie es die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, kürzlich in einem „Handelsblatt“-Interview vom 10. März 2004 angekündigt hatte?

23. Abgeordneter **Stefan Müller (Erlangen)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. März 2004 (2 BvL 17/02), wonach die Besteuerung von privaten Spekulationsgeschäften bei Wertpapieren in den Veranlagungszeiträumen 1997 und 1998 verfassungswidrig ist, die Notwendigkeit, das Bankgeheimnis zu lockern?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 24.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

24. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Begrenzung des „Tanktourismus“ in den deutschen Grenzregionen, um die Existenz von deutschen Tankstellen in diesen Gebieten zu sichern?*)

25. Abgeordnete **Gerlinde Kaupa** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden nach Auffassung der Bundesregierung deutsche Tankstellen durch den „Tanktourismus“ in die Nachbarstaaten, insbesondere nach Polen und in die Tschechische Republik, jährlich vom Markt verdrängt?

26. Abgeordnete **Gerlinde Kaupa** (CDU/CSU)

Wie viele Arbeitsplätze in der deutschen Mineralölbranche, insbesondere im Tankstellengewerbe, gehen jährlich durch den „Tanktourismus“ in die Nachbarstaaten verloren?

27. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Wie viele Arbeitserlaubnisse für Saisonarbeiter wurden in den Jahren 1998 bis 2003 jeweils erteilt?

28. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Wie viele Schwarzarbeiter mit ukrainischem Pass wurden in den Jahren 1998 bis 2003 in der Bundesrepublik Deutschland jeweils aufgegriffen?

29. Abgeordneter **Günter Nooke** (CDU/CSU)

Welche Änderungen gegenüber dem Referentenentwurf werden mit der Kabinettsvorlage der Siebten Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nach der diesbezüglichen Ankündigung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, insbesondere – hinsichtlich der so genannten Altverlegerklausel – für das Gebiet der Pressefusionskontrolle verbunden sein (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 2004), und wann ist mit einer Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Bundesregierung in das parlamentarische Verfahren zu rechnen?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 18.

30. Abgeordneter **Günter Nooke** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung weiterhin an dem in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 12. November 2003 geäußerten Standpunkt ihres Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, fest, eine Neuregelung der Pressefusionskontrolle einvernehmlich mit den Ministerpräsidenten der Länder vornehmen zu wollen?

31. Abgeordneter **Dr. Christoph Bergner** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Absicht der Konzernführung von Bombardier, den Waggonbaustandort Halle-Ammendorf zu schließen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Gespräche, die der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, im Januar 2002 mit der Unternehmensführung von Bombardier geführt hat (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Absprachen und Vereinbarungen des Bundeskanzlers zur Zukunft des Bombardier-Waggonbaubetriebes in Halle-Ammendorf“, Bundestagsdrucksache 15/2548)?

32. Abgeordneter **Dr. Christoph Bergner** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Falle einer Schließung des Waggonbaubetriebes Halle-Ammendorf Möglichkeiten der Förderung von Ersatzarbeitsplätzen am Standort?

33. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Landrates des Landkreises Leer (vgl. Berichterstattung in der Rheiderland-Zeitung vom 13. März 2004), wonach die von der Bundesregierung in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Gerd Andres, auf meine mündlichen Fragen 46 und 47 in der Fragestunde am 10. März 2004 (Plenarprotokoll 15/96, Seite 8594 D) ermittelte Belastung von 4,5 Mio. Euro für den Landkreis Leer, statt der von der Kreisverwaltung errechneten 12,6 Mio. Euro, zu einem großen Teil von nicht nachvollziehbaren Prognosen und von unsicheren Hoffnungen getragen sei, da es zum einen angesichts fehlender Arbeitsplätze zu bezweifeln sei, dass eine intensive Betreuung von Arbeitslosen zu besseren Vermittlungsergebnissen führen würde, zum anderen die Hoffnung auf eine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und damit auf mehr Arbeitsplätze keine realistische Rechengröße sei und schließlich die Zugrundelegung geänderter Einkommensanrechnungen, derzufolge ein Teil der bisherigen Bezieher von

Arbeitslosenhilfe in Zukunft keine Leistungen mehr bekommen und dadurch erhebliche Einsparungen eintreten würden, nicht nachvollziehbar sei?

34. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)

Welches Zahlen- und Datenmaterial hat die Bundesregierung ihrer Berechnung der zusätzlichen Belastung für den Landkreis Leer in Höhe von 4,5 Mio. Euro zugrunde gelegt?

35. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Kenntnis der Bundesregierung berufsbedingt Lösungsmitteln ausgesetzt, und wie viele Menschen dieser Expositionsgruppe haben eine anerkannte Berufskrankheit mit der Berufskrankheit-Nummer 1317 entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

36. Abgeordnete **Julia Klöckner** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien wählt das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) die für Werbekampagnen, wie z. B. für das Biosiegel, zuständigen Werbefirmen aus?

37. Abgeordnete **Julia Klöckner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele Postkarten mit der Aufschrift „Vernasch mich“ – welche im Rahmen der Werbekampagne des BMVEL für das Biosiegel zunächst herausgegeben und dann zurückgeholt wurden – noch immer im Umlauf sind bzw. nicht mehr zurückgeholt werden konnten?

38. Abgeordnete **Tanja Gönner** (CDU/CSU)

Welche Kosten hat die Produktion, Verteilung und Rückholung der Postkarten mit der Aufschrift „Vernasch mich“, welche im Rahmen der Werbekampagne des BMVEL für das Biosiegel zunächst herausgegeben und dann zurückgeholt wurden, verursacht?

39. Abgeordnete **Tanja Gönner** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wer für die Erstellung und Verbreitung der Postkarten mit der Aufschrift „Vernasch mich“, welche im Rahmen der Werbekampagne des BMVEL für das Biosiegel zunächst herausgegeben und dann zurückgeholt wurde, verantwortlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordneter **Markus Löning** (FDP)

Gibt es im Einsatzbereich Kundus der Bundeswehr Absprachen mit lokalen Machthabern/Verantwortlichen bezüglich der Sicherheit von Bundeswehrsoldaten und Entwicklungshelfern?

41. Abgeordneter **Harald Leibrecht** (FDP)

Wie reagiert die Bundesregierung auf eine mögliche erhöhte Bedrohung durch die örtlichen Verantwortlichen nach dem angekündigten verstärkten Kampf britischer Truppen gegen den Drogenanbau?*)

42. Abgeordnete **Helga Daub** (FDP)

Wie ist die Versorgungslage der Bundeswehrsoldaten, wenn der Flughafen Kundus nicht angeflogen werden kann?

43. Abgeordnete **Helga Daub** (FDP)

Ist eine Ausstattung der in Kundus stationierten Soldaten mit gepanzerten Fahrzeugen geplant?

44. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Welche befreundeten Nationen beteiligen sich mit Verbindungsoffizieren oder ähnlichen Ansprechpartnern zurzeit an der deutschen Kundus-Mission, und wie sieht diesbezüglich die Planung für die nähere Zukunft aus?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 92.

45. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Gibt es Überlegungen seitens der Bundesregierung, bei welchem Rekonstruktionsstand bzw. bei welcher Sicherheitslage in der Region die Bundeswehr Kundus verlassen kann?

46. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Wie ist das finanzielle, materielle und personelle Verhältnis von militärischer und humanitärer Hilfe insgesamt bei den zurzeit laufenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Angaben auf der Grundlage der Ist-Zahlen 2003)?

47. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Wie viele Bundeswehrangehörige kamen in welchen Auslandseinsätzen ums Leben?

48. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass im Bundesministerium der Verteidigung und in dessen nachgeordneten Bereichen derzeit für neue Fälle kein Gebrauch mehr von der Möglichkeit leistungsbezogener Besoldung für Beamte und Soldaten gemacht wird, und wenn ja, was sind die Gründe dafür?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

49. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Kann es aufgrund der bestehenden Sozialversicherungsabkommen zu Doppelbezahlungen bei im Ausland lebenden Familienangehörigen kommen, wenn die deutsche Krankenversicherung und auch die ausländische Krankenversicherung für dieselbe Leistung zahlen?

50. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie derartige Fälle in anderen EU-Mitgliedstaaten gehandhabt werden?

51. Abgeordneter **Matthäus Strebl** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung, die Sozialversicherungsabkommen, insbesondere das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen vom 30. April 1964 und das deutsch-jugoslawische Abkommen vom 12. Oktober 1968 sowie Regelungen des überstaatlichen EU-Sozialversicherungsrechts, welche eine Mitversicherung von im Ausland lebenden Familienangehörigen über in Deutschland lebende Ausländer vorsehen, aus Gründen der Gleichbehandlung abzuschaffen?

52. Abgeordneter **Matthäus Strebl** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, welche Kosten den gesetzlichen Krankenkassen entstehen durch eine solche Mitversicherung ausländischer Familienangehöriger?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

53. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

In welcher Weise hat die Bundesregierung ihr Einverständnis zur Ausarbeitung von Projektunterlagen für die Varianten C und D2 im Rahmen des Ausbaus der Donau zwischen Straubing und Vilshofen gegeben unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass sich der Deutsche Bundestag am 7. Juni 2002 „Für einen sanften Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen“ (Bundestagsdrucksache 14/8589) ausgesprochen hat, somit also ein Bundestagsbeschluss für die Ausbauvariante A (ohne Staustufen) vorliegt?

54. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Hat der Bund dem Freistaat Bayern die Projektträgerschaft über das Raumordnungsverfahren zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen übertragen, angetragen oder die Übertragung in Aussicht gestellt?

55. Abgeordneter **Henry Nitzsche** (CDU/CSU)

Inwieweit ist es vorgesehen, die Bürgschaftsrichtlinie des Bundes für Ersatzsicherheiten von Wohnungsbauunternehmen zu verwenden, welche bei Abrissen von Gebäuden keinerlei Ersatzsicherheiten für dingliche Darlehen bekommen?

56. Abgeordnete **Dr. Conny Mayer (Baiersbronn)** (CDU/CSU)	Welches Verfahren zur Abstimmung von Planung und Priorisierung von Schieneninvestitionsprojekten zwischen der Deutschen Bahn AG (DB AG) und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) kommt regelmäßig zur Anwendung?
57. Abgeordnete **Dr. Conny Mayer (Baiersbronn)** (CDU/CSU)	Inwiefern war die Bundesregierung in die Einstufung der Neu- und Ausbaumaßnahme Offenburg–Buggingen in die „Entscheidungsliste“ des Vorstandes der DB AG einbezogen mit dem Ziel, den bisher einerseits in der Öffentlichkeit und andererseits zwischen politischen Entscheidungsträgern auf regionaler, Landes- und Bundesebene herrschenden Konsens über die Notwendigkeit des Neu- und Ausbaus der Strecke Offenburg–Buggingen zu berücksichtigen?
58. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)	Stimmt es, dass der TGV/ICE-Anschluss bei Appenweier – im Bundesverkehrswegeplan 2003 im Vordringlichen Bedarf berücksichtigt – nun in einer „Prioritätenliste“ der DB AG (zur Abstimmung beim BMVBW) für Aus- und Neubauvorhaben des Schienenverkehrs als nicht realisierungswürdig eingestuft ist?
59. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)	Wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung gegenüber ihren französischen Partnern (Regierung und SNCF), dass die gemeinsam eingegangene Verpflichtung für eine schnelle Anbindung des TGV/ICE gefährdet ist?
60. Abgeordneter **Volkmar Uwe Vogel** (CDU/CSU)	Werden aufgrund der verzögerten Einführung der LKW-Maut und der damit verbundenen Finanzierungsprobleme privatwirtschaftliche Betreibermodelle (A- & F-Modelle) nicht realisiert, und wenn ja, welche?
61. Abgeordneter **Volkmar Uwe Vogel** (CDU/CSU)	Führt die verspätete Mauteinführung bei der Realisierung geplanter Projekte, die über eine sog. Public-Private Partnership (PPP) finanziert werden, zu zeitlichen Verzögerungen, und wenn ja, bei welchen?

62. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass der Aus- und Neubau der Rheintalbahn im Streckenabschnitt Offenburg–Buggingen (3. und 4. Gleis) nach einer Liste des Vorstandes der DB AG in eine so genannte Entscheidungsliste eingestuft wurde, nach der die Realisierung des Vorhabens weiteren Prüfungen unterworfen werden soll, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die Befugnis der DB AG, eine solche neue Priorisierung von Schieneninvestitionsvorhaben vorzunehmen, vor dem Hintergrund der in Artikel 1 des von der Bundesregierung beschlossenen Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (Bundestagsdrucksache 15/1656) unter Nummer 1 Buchstabe b, lfd. Nr. 15, vorgenommenen Einstufung des Projekts Ausbaustrecke/Neubaustrecke Karlsruhe–Offenburg–Basel in den Vordringlichen Bedarf des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege?

63. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Welche Erwägungen waren nach den Erkenntnissen der Bundesregierung für die DB AG dafür ausschlaggebend, die Ertüchtigung der bestehenden Rheintalbahnstrecke im Abschnitt Kenzingen–Buggingen in die so genannte Negativliste einzustufen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Einstufung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

64. Abgeordneter **Uwe Schummer** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Anteil dürfen – wenn überhaupt – die Mittel einer Ausbildungsplatzabgabe auch für den Erhalt gefährdeter Ausbildungsplätze verwendet werden?

65. Abgeordneter **Uwe Schummer** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass eine Ausbildungsplatzabgabe, die aufgrund der Daten eines Stichtages erhoben werden soll, den Gleichheitsgrundsatz zwischen denjenigen Betrieben tangiert, die vor und nach diesem Stichtag Auszubildende einstellen?

66. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Soll für die Erhebung und Verwaltung der Ausbildungsplatzabgabe eine neu einzurichtende oder eine bereits bestehende Behörde zuständig sein, und mit welchem zusätzlichen Personalaufwand rechnet die Bundesregierung bei der Verwaltung der Ausbildungsplatzabgabe?

67. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Ist vorgesehen, dass die Höhe der Ausbildungsplatzabgabe nach Betriebsgrößen differenziert wird?

68. Abgeordnete **Lena Strothmann** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung bei der Ausbildungsplatzabgabe mit denjenigen Betrieben zu verfahren, die bereits jetzt an verbandseigenen oder regionalen Umlageverfahren beteiligt sind (z. B. im Baugewerbe)?

69. Abgeordnete **Lena Strothmann** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung mit denjenigen Betrieben zu verfahren, denen trotz nachweislichen Bemühens keine ausbildungswilligen oder nur unzureichend ausbildungsfähige Bewerber zur Verfügung stehen?

70. Abgeordnete **Katherina Reiche** (CDU/CSU)

Inwieweit sollen demographische Faktoren bei der Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe eine Rolle spielen?

71. Abgeordnete **Katherina Reiche** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Gesetz zur Einführung der Ausbildungsplatzabgabe so zu gestalten, dass es nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, und wenn ja, welche verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen hierzu ggf.?

72. Abgeordnete **Dagmar Wöhrl** (CDU/CSU)

In welcher Größenordnung werden nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe per Saldo zusätzliche Lehrstellen geschaffen?

73. Abgeordnete
Dagmar Wöhrl
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die gemeinsame Stellungnahme aller 16 Länder, die die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe ablehnen?

74. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)

Wie viele zusätzliche Lehrstellen müssten die Bundesministerien schaffen, um einer Ausbildungsplatzabgabe zu entgehen, wenn die Bundesregierung in ihrem Referentenentwurf zur Einführung der Ausbildungsplatzabgabe eine andere Quote (Beschäftigte/Auszubildende) als sieben Prozent festsetzen sollte?

75. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)

Welche Kosten wären auf Bundesebene damit verbunden?

76. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Belastung der deutschen Wirtschaft insgesamt durch die Einführung der Ausbildungsplatzabgabe ein?

77. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Problematik, dass Betriebe ggf. aufgrund einer unzureichenden Bewerberlage nicht „ausreichend“ Lehrstellen zur Verfügung stellen können?

78. Abgeordneter
Dr. Heinz Riesenhuber
(CDU/CSU)

Wie viele zusätzliche Lehrstellen müssten nach Einschätzung der Bundesregierung in den Bundesministerien eingerichtet werden, um insgesamt sieben Prozent der Arbeitsplätze mit Auszubildenden zu besetzen?

79. Abgeordneter
Dr. Heinz Riesenhuber
(CDU/CSU)

Welche Kosten wären auf Bundesebene damit verbunden?

80. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Wie viele zusätzliche Lehrstellen müssten nach Einschätzung der Bundesregierung die Länder schaffen, um einer Ausbildungsplatzabgabe zu entgehen, wenn die Bundesregierung in ihrem Referentenentwurf zur Einführung der Ausbildungsplatzabgabe eine andere Quote (Beschäftigte/Auszubildende) als sieben Prozent festsetzen sollte?

81. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Welche Kosten wären in den jeweiligen Ländern damit verbunden?

82. Abgeordneter **Dr. Georg Nüßlein** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Bürokratiekosten der Ausbidungsplatzabgabe ein?

83. Abgeordneter **Dr. Rolf Bietmann** (CDU/CSU)

Wie viele zusätzliche Lehrstellen müssten nach Einschätzung der Bundesregierung jeweils in den einzelnen Ländern eingerichtet werden, um insgesamt sieben Prozent der Arbeitsplätze mit Auszubildenden zu besetzen?

84. Abgeordneter **Dr. Rolf Bietmann** (CDU/CSU)

Welche Kosten wären in den jeweiligen Ländern damit verbunden?

85. Abgeordneter **Dr. Ralf Brauksiepe** (CDU/CSU)

Ist bei der geplanten Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die keinen betriebswirtschaftlichen Gewinn erwirtschaften, eine Ausnahmeregelung vorgesehen?

86. Abgeordneter **Dr. Ralf Brauksiepe** (CDU/CSU)

Ab welcher Gewinnschwelle soll die Ausbildungsplatzabgabe greifen?

87. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Wie viele Absichtserklärungen zur Projektförderung wurden im Jahre 2003 von im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) tätigen Projektträgern, nach Sachbereichen und Projektträgern gegliedert, widerrufen?

88. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Wie beurteilt das BMBF selbst seine Verlässlichkeit als Vertragspartner der Wirtschaft, wenn Absichtserklärungen zur Projektförderung, die früher äußerst selten widerrufen wurden, gegenwärtig sehr oft widerrufen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

89. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)

Um wie viel ist die Zahl der deutschen/internationalen zivilen Aufbauhelfer seit der Anwesenheit der Bundeswehr in der Region gestiegen?*)

90. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(FDP)

Welche alternativen Einkommensmöglichkeiten bietet die Bundesregierung im Einsatzbereich Kundus in Afghanistan, in Abstimmung mit den Partnerländern, die ebenfalls in Afghanistan tätig sind, den im Dorgenanbau tätigen Bauern an?

91. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(FDP)

Welche Auswirkungen haben die massiven Nahrungsmittellieferungen aus anderen Ländern (v. a. Getreide) auf den ländlichen Raum in Afghanistan und insbesondere auf die Region Kundus?

92. Abgeordneter
Harald Leibrecht
(FDP)

Beteiligt sich Deutschland an den von der EU angekündigten 100 Mio. Euro zur Drogenbekämpfung?**)

---

*) Siehe hierzu auch Frage 40.
**) Siehe hierzu auch Frage 41.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

93. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie viele externe Beraterverträge und Unterstützungsleistungsaufträge hat die Bundesregierung bei Umwandlungsprozessen innerhalb des Auswärtigen Amts (AA) im Zeitraum 1990 bis 1998 in Anspruch genommen?

94. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie wirkten sich die Ergebnisse der durchgeführten Erfolgskontrollen auf die Gesamtentlastung des Bundeshaushaltes aus?

95. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Warum ist das AA nicht bereit, mir den sog. Volmer-Erlass zur Verfügung zu stellen?

96. Abgeordneter **Matthias Sehling** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben im Mai 2001 zur Ausweitung des Systems geführt, so dass der Reiseschutzpass auch als Ersatz von Verpflichtungserklärungen nach § 84 Ausländergesetz gilt, und warum hat die Bundesregierung in der Antwort des Staatssekretärs im AA, Jürgen Chrobog, auf meine schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 2/358 überhaupt nicht sachbezogen geantwortet?

97. Abgeordneter **Matthias Sehling** (CDU/CSU)

Waren die Sachbearbeiter in den deutschen Botschaften durch den sog. Volmer-Erlass oder sonstige Maßnahmen des AA seit 1999 gehalten, durch Beratung der Visumantragsteller auf deren Angaben zur Antragsbegründung einzuwirken, und warum wurden in der deutschen Botschaft in Kiew (laut Betroffenenaussagen) Visaantragsteller mit einem Reiseschutzpass getrennt und angeblich sogar bevorzugt von Antragstellern mit einem „Carnet de Touriste“ behandelt?

98. Abgeordneter **Ralf Göbel** (CDU/CSU)

Wie viele Visa haben die deutschen Botschaften in Tirana und Sofia in den Jahren 1998 bis 2003 jeweils erteilt, und welcher Art waren diese Visa?

99. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Muss bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen ein Visum erteilt werden an Ausländer, bei denen der Verdacht auf terroristische Tätigkeit besteht, dieser Verdacht jedoch noch nicht durch Tatsachen belegt werden kann?

100. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Warum wurde das Verfahren der Reiseschutzpässe der RS Reise-Schutz AG am 28. Juni 2002 nur in Kiew eingestellt und bei den übrigen Deutschen Auslandsvertretungen erst neun Monate später?

101. Abgeordneter
Stephan Mayer (Altötting)
(CDU/CSU)

Hat das Bundeskanzleramt in die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundesministerium des Innern (BMI) und dem AA bezüglich des Inhalts und des Zustandekommens des sog. Volmer-Erlasses eingegriffen, und wenn ja, in welcher Weise?

102. Abgeordnete
Kristina Köhler (Wiesbaden)
(CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung die Auffassung des ehemaligen Staatsministers im AA, Dr. Ludger Volmer, die dieser im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages geäußert haben soll, wonach der Vorsitzende Richter am Landgericht Köln, U. H., „eine Art Racheengel gespielt haben könnte – weil ihm angeblich ein Job im Ministerium aufgekündigt worden sei“ (DER SPIEGEL vom 16. Februar 2004) zu Eigen gemacht?

103. Abgeordnete
Kristina Köhler (Wiesbaden)
(CDU/CSU)

Stand U. H. in der Vergangenheit in einer vertraglichen Beziehung zum AA, die die Erbringung von Dienstleistungen für das AA zum Gegenstand hatte?

104. Abgeordneter
Ulrich Petzold
(CDU/CSU)

Haben Vertreter oder Beamte der Bundesregierung gegenüber Ausschüssen des Deutschen Bundestages eine Verbindung zwischen den Umständen der Beendigung einer Vertragsbeziehung zwischen dem AA und U. H. und der von U. H. bei der Urteilsverkündung im sog. Schleuserprozess im Zusammenhang mit der aufgrund des sog. Volmer-Erlasses geänderten Visumserteilungspraxis der deutschen Auslandsvertretungen geäußerten harschen Kritik an der Bundesregierung und dem AA im Besonderen hergestellt?

105. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Hat das AA den sog. Volmer-Erlass vor der Herausgabe an die Auslandsvertretungen mit den Schengen-Partnern abgestimmt, und wenn nein, warum nicht?

106. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Wie sah die Zusicherung des AA, wonach „sich auch die zukünftige Visaerteilungspraxis im Rahmen der Schengen-Regelungen halten werde“ (so die Antwort des Staatssekretärs im BMI, Dr. Göttrik Wewer, vom 27. Februar 2004 auf die schriftliche Frage 41 des Abgeordneten Norbert Geis auf Bundestagsdrucksache 15/2635), konkret aus?

107. Abgeordneter **Dr. Ole Schröder** (CDU/CSU)

Wie hat sich die Anzahl der erteilten Visa, unterschieden nach geschäftlichen und Touristenvisa, in der Zeit von 1998 bis heute in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten entwickelt?

108. Abgeordneter **Dr. Ole Schröder** (CDU/CSU)

In welchem Zeitraum wurde das Reisebüroverfahren ohne persönliche Vorsprache des Ausländers bei der Deutschen Botschaft in Moskau angewandt?

109. Abgeordneter **Thomas Dörflinger** (CDU/CSU)

Denkt die Bundesregierung daran, für den Fall, dass es im österreichischen Bundesland Kärnten eine Koalitionsregierung aus FPÖ und SPÖ geben wird, gegen Kärnten Sanktionen zu verhängen oder sich an solchen zu beteiligen, wie dies nach der Bildung der österreichischen Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ der Fall war?

110. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den aktuellen Abschluss einer SPÖ/FPÖ-Koalition in Kärnten im Lichte ihrer Abgrenzungspolitik gegenüber Österreich, insbesondere auf europäischer Ebene, als 2000 in Österreich eine ÖVP/FPÖ-Regierung gebildet wurde?

111. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)

Ist die Bundesregierung von der französischen Regierung vor der gemeinsamen Übung der französischen Marine mit der chinesischen Marine über diese Übung unterrichtet worden, und wenn ja, in welcher Form?

112. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung diese gemeinsame Übung vor dem Hintergrund der Spannungen um die Volksbefragung in Taiwan und der Kritik des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, an der Menschenrechtssituation in China bei der UN-Menschenrechtskonferenz?

113. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)

Sind die Aussagen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 18. März 2004 zutreffend, dass die auslandsdeutschen Medien in Kanada amtliche Bekanntmachungen zukünftig lediglich als Pressemitteilungen erhalten sollen, während dieselben regierungsamtlichen Hinweise in kanadischen Medien als Anzeigen geschaltet werden, und wenn ja, aus welchen Gründen geschieht dies?

114. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung generell den auslandsdeutschen Medien hinsichtlich der Information und Meinungsbildung der im Ausland lebenden Deutschen, der deutschstämmigen und anderen an Deutschland interessierten Personen zu, und ist sie der Auffassung, dass der besagte Vorgang geeignet ist, diese Aufgabe zu befördern?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333